

Der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – eine Gefahr für Meinungsfreiheit und die IT-Branche



Sehr geehrte Damen und Herren,

am kommenden Mittwoch, den 24. Februar, wird der neue Entwurf zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) der Rundfunkkommission vorgelegt. Dieser Entwurf enthält viele Vorgaben, welche die IT-Branche auf den Kopf stellen werden. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns gegen diese verfehlte Netzpolitik vorzugehen.

Der Staatsvertrag sieht unter anderem vor, dass Anbieter von Inhalten künftig für die Beiträge ihrer Nutzer haften. Weiterhin sollen Access- und Hosting-Provider zum Filtern von jugendgefährdenden Inhalten gezwungen werden, denn auch sie sollen künftig als »Anbieter« gelten. Die Folge ist eine massive Einschränkung der Kommunikationsfreiheit, die auch Media-, PR- und Werbeagenturen schwer treffen wird. Folgendes sieht der JMStV im Detail vor:

Altersfreigaben und Haftung

Kommerzielle sowie private Anbieter müssen nach USK-Modell Altersfreigaben für ihre Internetauftritte von 0, 6, 12, 16 oder 18 Jahren definieren. Sie sind ebenso wie ihre Hosting-Anbieter dafür haftbar, dass niemand mit unpassender Altersstufe Zugriff auf die Inhalte erhält. Hosten Sie also Auftritte Ihrer Kunden, sind Sie zur permanenten Kontrolle von deren Inhalten verpflichtet. Sie müssen also die gleiche Kompetenz wie Medienpädagogen an den Tag zu legen, um passende Altersfreigaben für Ihre Angebote zu setzen. Im Endeffekt ist dies die größte staatlich legitimierte Abmahnfalle in der Geschichte des Internets. Insbesondere Social Communities oder jede Art von User Generated Content wird damit zur Gefahr für den Anbieter.

Zugangs- und Inhaltskontrolle

Als Anbieter oder Hoster müssen Sie sicherstellen, dass der Zugang nur für die entsprechenden Altersgruppen möglich ist. Der Entwurf zum JMStV macht dafür keine technisch plausiblen Vorschläge, sondern bringt stattdessen das Modell der Sendezeiten vergleichbar mit dem Fernsehen. Ist Ihr Angebot nur für Jugendliche ab 16 Jahren geeignet, so dürften Sie Ihr Angebot nur in der Zeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr schalten. Insbesondere für Social Communities und deren Vermarkter ein erhebliches Problem. Zugangsanbieter müssten Milliardeninvestitionen tätigen, um eine umfassende Analyse-, Filter- und Sperrstruktur einzurichten. Die Kosten dafür würden über kurz oder lang die Kunden zu spüren bekommen oder aber die Mitarbeiter – in Form einer neuen Kündigungswelle.

Keine Ausnahme bei der Presse

Unabhängige Blogs sowie die Internet-Präsenzen von Zeitungsverlagen sollen dem Entwurf nach nicht von diesen Regelungen ausgenommen sein. Die Pressefreiheit im Netz ist damit nicht länger gewährleistet.

Pauschale Sperrung ausländischer Seiten

Der Vertrag sieht vor, ausländische Seiten, die sich nicht an die deutschen Regelungen halten, pauschal zu sperren. Außer Großkonzernen wie Google dürften nur die wenigsten ausländischen Anbieter in der Lage sein, eine Anpassung an die deutschen Gesetze zu gewährleisten. In Realität wären so vermutlich über 95 Prozent der ausländischen Seiten nicht mehr erreichbar – ein Zensurverhalten, das das von China weit in den Schatten stellen würde. Inspirationen oder Tutorials aus den beliebten Webdesign-Blogs zu holen oder die Mitarbeit an freien Software-Projekten wäre damit ausgeschlossen.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist nicht nur eine erhebliche Gefahr für den freien Wissens- und Meinungsaustausch, er könnte auch die deutsche IT-Branche nachhaltig schädigen. Daher rufen wir Sie dazu auf, gemeinsam mit uns gegen die Pläne der Staatskanzleien zu protestieren! Zeigen Sie mit uns die Bedeutung für den Medienstandort Düsseldorf auf, und setzen Sie ein Zeichen für freie Kommunikation!

Wann?

Am Dienstag, den 23.02.2010
von 12:00-15:30 Uhr

Wo?

Ab 12:00 Uhr Sammelpunkt am Schadowplatz, ab 13:00 Uhr Zug zur Staatskanzlei am Düsseldorfer Stadtteil mit Abschlusskundgebung

Wenn Sie am Zug oder bei der Abschlusskundgebung als Redner teilnehmen möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:

Frank Grenda
Tel.: 0173-4035932
Mail: f.grenda@piratenpartei-nrw.de